



Produktivität Let's get real!

Unsere Produktivität ist in den letzten Jahren gesunken. Doch je produktiver eine Gesellschaft ist, desto höher ist der Lebensstandard. Langfristig bestimmen nur unsere Produktivität und unsere geleistete Arbeitszeit unseren materiellen Wohlstand. Alles, was wir davon für die Bewältigung von Zukunftsausgaben brauchen und an jene verteilen wollen, denen wir Solidarität schulden, kommt aus diesem Topf. Arbeiten wir weniger, gibt es weniger zu verteilen. Es sei denn, unsere Produktivität steigt schneller, als sich unsere Arbeitszeiten reduzieren. So einfach ist das.

Tatsache ist, dass wir in den letzten fünf Jahren unsere Arbeitszeit pro Arbeitskraft reduziert haben. Tatsache ist auch, dass die Wertschöpfung pro Arbeitsstelle in der Schweizer Wirtschaft seit Jahren stagniert, unter Ausklammerung der beschäftigungsschwachen Pharmaindustrie sogar rückläufig ist. Und Tatsache ist ebenfalls, dass in den kommenden Jahren die Babyboomer in Pension gehen.

Wie wir das zu kompensieren versuchen? Über Zuwanderung! Damit gleichen wir das tiefere Arbeitsangebot aus. Die 10-Millionen-Schweiz verhindert aber nicht, dass unser Lebensstandard sinkt, wenn wir weniger arbeiten und unsere Produktivität fällt. Er wird sogar noch mehr sinken, weil wir für die Zukunftsausgaben mehr Geld benötigen. Der Klimawandel kostet Geld, und sei es nur die Abschwächung seiner Folgen. Die Stromversorgung ist in einer zunehmend elektrifizierten Welt nicht gesichert. Bei wachsender Bevölkerung müssen wir in Infrastruktur und Schulen investieren. Landesverteidigung gibt es in Zeiten von Putin und Xi Jinping nicht mehr für Null-Komma-Irgendwas vom Volkseinkommen.

Warum das unseren Lebensstandard bedroht? Weil wir das als Gesellschaft bezahlen müssen. Das Märchen, dass die Reichen das für uns bezahlen können, ist grober Unfug. Die Herausforderun-



Klaus Wellershoff
Ökonom bei Wellershoff & Partners

«Weniger Netto vom Brutto ist die Folge.»

gen sind schlicht zu gross. Weniger Netto vom Brutto ist die Folge. Unsere Mittelschicht wird ärmer, so wie bei unseren Nachbarn. Mit tieferem Netto sinken die Anreize, zu arbeiten, weiter.

Weniger arbeiten werden wir niemandem verbieten können und auch nicht wollen. Was bleibt? Wir müssen unsere Produktivität wieder steigern. Produktivität ist nichts anderes als Wertschöpfung für Kundinnen und Kunden pro Zeiteinheit. Bürokratie, Vorschriften und Kontrollen schaffen aber keine Werte, sie vernichten sie. Messen Sie die politischen Kandidatinnen und Kandidaten also an der Frage: «Was hast du für die Steigerung unserer Produktivität getan?» Kuchen muss erst gebacken werden, bevor man ihn verteilen kann. Alles andere ist schlicht verantwortungslos.

Klaus Wellershoff ist regelmässig Kolumnist und Co-Host von «Handelszeitung Morning-Call». Die Ansichten der Gastautoren müssen nicht mit jener der Redaktion übereinstimmen.

Greenwashing Es braucht Regulierung

Ich bin gegen zu viel Regulierung. Doch wenn es um Greenwashing geht, geht es nicht anders. Denn die Kunden werden gelinde gesagt für dumm verkauft. Als Konsument oder Konsumentin sollte man davon ausgehen können, dass das, was auf der Verpackung steht, auch drin ist. Bei nachhaltigen Fonds ist das nicht der Fall. Anlegerinnen und Anleger kaufen sie, weil sie eine Wirkung erzielen wollen (32 Prozent, gemäss einer Studie der Universität Zürich). Andere wollen aufgrund der eigenen Wertvorstellungen anlegen (28 Prozent), beispielsweise nicht in Tabak, ins Glücksspiel oder in Rüstungsfirmen.

Doch das, was Prospekte und Werbung suggerieren, wird in den allermeisten Fällen nicht eingehalten. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie der ZHAW Winterthur. In einer Analyse von 150 3a-Fond-Produkten fanden die Forscher heraus, dass 80 Prozent der Produkte, die als nachhaltig angepriesen werden, dies gar nicht sind. Greenwashing nennt man das. Ein Problem, das es nicht nur hierzulande gibt. Die Eindämmung indessen erweist sich als schwierig. Es war somit allerhöchste Zeit, dass der Gesetzgeber 2022 einsprang und erste, wenn auch vorsichtige Wegmarkungen setzte. Der Bundesrat definierte, was unter den Begriff Nachhaltigkeit bei Anlageprodukten fällt: Dass sie eine Wirkung haben müssen.

Die Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Risiken allein reicht nicht, um ein Produkt als nachhaltig deklarieren zu können. Getan hat sich seither nicht viel. Zwar haben die Banken mit einer Selbstregulierung reagiert. Diese taugt jedoch nicht viel, wie man an den Ergebnissen der ZHAW-Studie sieht. Der Wildwuchs an Grüntönen ist riesig.



Carmen Schirm-Gasser
Redaktorin

80 Prozent der Produkte, die als nachhaltig angepriesen werden, sind dies gar nicht.

Es wird für grün verkauft, was grau ist. Das Dickicht ist unüberschaubar, selbst für Profis. Längst wäre ein einheitlicher Standard in der Berichterstattung nötig. Es geht nicht ohne Regulierungsdruck. Das Eidgenössische Finanzdepartement EFD will bis Ende August 2024 eine staatliche Verordnung erarbeiten, um den Standpunkt des Bundesrates zur Vermeidung von Greenwashing umzusetzen.

Es bleibt zu hoffen, dass diese geplante Regelung kein zahnloser Papiertiger wird.